

IG Jugend

Qualität der Lehre sichern!

Das duale Bildungssystem der Schweiz ist einzigartig auf der Welt. Die «Lehre», sei es eine zweijährige Grundausbildung mit eidgenössischem Berufsattest oder eine drei- oder vierjährige Grundausbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis ermöglicht allen Menschen in der Schweiz eine gute Ausbildung mit anschliessenden Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die Anbietenden der Berufsbildung sind durch das Berufsbildungsgesetz Art. 8 verpflichtet, die Qualitätsentwicklung der Ausbildung sicherzustellen. Der Bund fördert diese Qualitätsentwicklung, stellt Qualitätsstandards auf und überwacht deren Einhaltung¹.

Ein berufsunabhängiges Instrument zur Beurteilung der Qualität der betrieblichen Ausbildung, die sogenannte QualiCarte, wird ebenfalls zur Verfügung gestellt². Dass dieser Beurteilungsbogen von den Betrieben selbst und erst noch auf freiwilliger Basis ausgefüllt wird, erscheint allerdings nur wenig zielführend.

Eine solide und qualitativ hochstehende Grundbildung ist die Basis für lebenslanges Lernen. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich schon immer mit einem konsequenten Einsatz für gute (Berufs-) Bildung ausgezeichnet und kämpft für faire Arbeitsbedingungen auch von Menschen in Ausbildung.

Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Immer mehr junge Menschen brechen ihre Ausbildung ab³, beklagen ungenügende Ausbildungssituationen oder sind von sexueller Belästigung oder Mobbing am Arbeitsplatz betroffen⁴. Lernende berichten von ungenügender Vorbereitung auf Abschlussprüfungen, fachfremden Berufsbildenden und mangelndem Einbezug moderner Technologien und der Digitalisierung in die Ausbildung.

Das ist für die syndicom Jugend nicht hinnehmbar. Der Bund und die Kantone, wie auch die Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeberverbände müssen in die Pflicht genommen werden und gemeinsam mit den Gewerkschaften handeln.

Die Jugendkommission fordert die Einführung regelmässiger, unangekündigter Kontrollen der Lehrbetriebe und eine Erhöhung der finanziellen Mittel für Lehraufsicht und Ausbildungsberatende. Zudem soll die Anzahl der Berufsbildungsberatenden erhöht werden, nur so kann eine regelmässige und effiziente Betreuung gewährleistet werden. Die Lernenden müssen zudem wissen, an welche Stellen sie sich wenden können und wer die Durchsetzung ihrer Interessen verantwortlich ist.

Die qualitative Beurteilung der Ausbildung muss verbindlich und regelmässig ausgefüllt werden. Diese Selbsteinschätzung ist anschliessend durch die zuständige kantonale Stelle für Berufsbildung zu überprüfen und gegebenenfalls ist die Qualitätseinschätzung anzupassen. Die Jugendkommission spricht sich ausserdem für eine bessere Grundausbildung unter Einbezug der Sozialpartner und der Gewerkschaften aus. Die Auszubildenden sollen sich ein Grundverständnis über das Arbeitsrecht, die Funktionsweise der Sozialpartnerschaft und die Rolle der Gewerkschaften in der Schweiz aneignen können.

Die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und dem Bund und den Kantonen muss gestärkt werden, um die Interessen der Lernenden zu wahren und die hohe Qualität der Lehre zu gewährleisten.

¹ https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/674/de#art_8

² <https://qbb.berufsbildung.ch/dyn/4695.aspx>

³ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/sekundarstufe-ii/berufliche-grundbildung-lehrverhaeltnisse.assetdetail.18744509.html>

⁴ <https://www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/lernende/umfrage-lehre>

Ein Ende der Ausbeutung und Missbrauch als billige Arbeitskräfte von Praktikant:innen und Volontär:innen in der Schweiz

Wer in der Schweiz die Branche wechselt oder nach dem Studium, der Ausbildung, in den Arbeitsmarkt einsteigt, dem/der wird ein Praktikum empfohlen. Praktika sind zeitlich begrenzte Anstellungen mit Ausbildungscharakter, sinnvoll um sich neue Qualifikationen zu erarbeiten oder erste Erfahrungen zu sammeln. Es gelten die Bestimmungen zum Arbeitsvertrag im Obligationenrecht und zur Arbeitszeit die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes; ein Praktikum ist ein befristetes Arbeitsverhältnis. Ein befristetes Arbeitsverhältnis, welches normalerweise von jungen Arbeitnehmenden eingegangen wird. Während es aber bei einer klassischen Lehre explizite Gesetze und Regelungen im Umgang mit jungen Menschen gibt, sofern sie denn eingehalten werden, existieren solche nicht für Praktikantinnen und Praktikanten.

Es gibt grosse Spannweite bei Lohn, Dauer und Betreuung von Praktikant:innen. Der Bund zeigt keine Bereitschaft, Praktika auf nationaler Ebene zu reglementieren⁵⁶. Selbst die Motion, wenigstens eine umfassende Übersicht über die Praktika-Situation in der Schweiz zu erstellen, wurde vom Bundesrat abgelehnt.⁷

Gemäss Bundesamt für Statistik hatte 2020 beinahe jede dritte erwerbstätige Person zwischen 15 und 29 Jahren einen befristeten Arbeitsvertrag (31.5%), davon sind wiederum ein Grossteil mit Praktikumsverträgen⁸. Diese über 100'000 Menschen sind jedoch für den Bund zu wenige Beschäftigte, als dass sich ein Einsatz, die Bedingungen zu verbessern oder zumindest einige «Spielregeln» aufzustellen, lohnen würde.

Praktika gelten als temporäre Einsätze, jedoch hätten diese eigentlich eine ganz andere Funktion. Die Arbeiter:innen sollten nämlich eigentlich Einblick in die verschiedenen Aufgaben und Arbeitsbereiche des Unternehmens bekommen und praktische Kenntnisse zu erwerben oder zu vertiefen. Dieser Ausbildungscharakter ist mitunter auch die Begründung für die geringe Entlohnung.

Pflichtpraktika, während oder vor der Ausbildung oder einem Studium, sind, wenn entsprechende Rahmenbedingungen eingehalten werden, Teil der beruflichen Bildung und müssen absolviert werden. Kein Zwang, aber dennoch oftmals beinahe Pflicht, sind Praktika während oder nach dem Studium. Studierende müssen oftmals mehrere Praktika absolvieren, um eine Festanstellung zu bekommen. In einigen Berufen ist es sogar so, dass Vorlehrpraktika geleistet werden müssen, damit ein Ausbildungsplatz erreicht werden kann.

Es herrschen teilweise prekäre Arbeitsbedingungen, Ausbeutung, ungenügende Betreuung und schlechte Löhne, kurz, es mangelt an einheitlichen Rahmenbedingungen und Mindeststandards. Das ist für die syndicom Jugend nicht hinnehmbar.

Die Jugendkommission fordert daher eine Verpflichtung zu angemessener Betreuung und fixen Ausbildungsstandards, die den Ausbildungscharakter gewährleisten, sowie einer Einführung eines Mindestlohns für Praktikant:innen, Volontär:innen und Stagiaires. Wir setzen uns ausserdem für ein Verbot unbezahlter Praktika ein, denn wer arbeitet, muss auch monetär entlohnt werden.

Es muss auch auf politischer Ebene etwas geschehen. Daher fordern wir eine Regulierung von Praktika im Arbeitsgesetz und die Einführung von Aufsichts- und Kontrollstellen in den Kantonen.

⁵ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20204139>

⁶ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20143077>

⁷ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20163997>

⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb.assetdetail.20944661.html>

Für einen starken Service public, einen starken Lohnschutz und eine offene Schweiz

syndicom setzt sich, zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, für eine offene und soziale Schweiz ein und anerkennt die grosse Bedeutung der EU für die friedliche Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa. Wir unterstützen eine Öffnung gegenüber der EU grundsätzlich. Aus Sicht von syndicom müssen bei der Öffnung aber zwei wichtige Punkte balanciert werden: Der Lohnschutz und der Service public.

Die Schweiz hat europaweit den besten Standard bei den öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen. Diesen gilt es zu erhalten und auszubauen. syndicom steht für einen starken Service public. Derzeit möchte der Bundesrat einige Teile des Service public preisgeben und begründet dies irrtümlicherweise damit, dass die EU dies fordere. Ein Abbau ist nicht akzeptabel.

Der Lohnschutz wird immer zentraler. Die zunehmende Verbreitung von Subunternehmen, Unterakkord und der Temporärarbeit drücken die Löhne in vielen Bereichen und machen Kontrollen anspruchsvoller. Folgerichtig müsste der Schutz eigentlich ausgebaut werden. Eine Preisgabe des bewährten Systems lehnt syndicom ab.

Eine Öffnung gegenüber oder verstärkte Zusammenarbeit mit der EU darf nicht auf Kosten des Service publics und des Lohnschutzes, zwei wichtiger gesellschaftlicher Eckpfeiler, gehen.

Syndicom fordert in den Gesprächen mit der EU:

- Einen starken und modernen Service public, damit die Schweiz weiterhin funktioniert.
 - Einen starken, eigenständigen und ausbaufähigen Lohnschutz zur Sicherung des Wirtschaftsstandort Schweiz
-

Gleichstellung jetzt! Endlich Nägel mit Köpfen machen!

Mit dem Feministischen Streik vom 14. Juni 2023 haben wir nach dem riesigen Frauenstreik von 2019 erneut überwältigende Geschichte geschrieben! Mehrere Hunderttausende traten gemeinsam auf der Strasse und in den Betrieben für die Gleichstellung ein und bekannten – violette – Farbe!

Die Forderung «Mehr Lohn, Zeit und Respekt» ist klar, dringlich und unüberhörbar: Wirtschaft und Politik müssen die tatsächliche Gleichstellung in der Schweiz endlich rasch realisieren!

Mehr Lohn

- Lohntransparenz und Lohngleichheit. Die Lohngleichheit muss in allen Betrieben erfüllt werden. Damit alle Frauen den ihnen zustehenden Lohn erhalten.
- Wir fordern Lohnanalysen mit Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Unter Mitwirkung der Gewerkschaft und der Personalvertretung
- Wir fordern Gesamtarbeitsverträge in Branchen mit hohem Frauenanteil.
- Eine sofort wirkende Rentenerhöhung statt Rentenabbau zu hohen Kosten. Gute Renten auch bei Teilzeit.

Mehr Zeit

- Es braucht ein Anrecht auf vorübergehende Pensenreduktionen mit Rückkehrrecht sowie längere Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaube. Einführung/ Ausbau von Elternurlaub.
- Firmen sollen vermehrt die Kinderbetreuungsangebote finanziell unterstützen oder gleich selbst anbieten.
- Wir fordern planbare und familienkompatible Arbeitszeiten – damit die bessere Vereinbarkeit von unbezahlter und bezahlter Arbeit endlich zur Realität wird.
- Für die ICT-Branchen: Flexible Arbeitszeitmodelle, mit welchen die Arbeitnehmer:innen ihre vertraglichen Pensen nach Möglichkeit selber gestalten können.

Respekt

- Die Arbeitgeber sind in der Pflicht, Nulltoleranz gegenüber Sexismus und sexualisierter Gewalt im Betrieb zu leben und klare Präventions- sowie Sanktionsmassnahmen zu ergreifen.
- Betriebliche Frauenförderung (z.B. Job-Sharing, Förderung von Frauen in Führungspositionen). Frauen an der publizistischen Macht in den Redaktionen.
- Unterstützen und Fördern von Frauen in MINT*-Berufen (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).
- Berücksichtigung von Arbeitsunterbruch für Care-Arbeit im Lohnsystem – keine Lohnlücken für Kinderbetreuung.
- Kein Sexismus, kein Rassismus und mehr Diversität in der Berichterstattung.

Gleichstellung jetzt!
